

Pressemeldung



Gewerkschaft der Polizei

Bundesvorstand

<http://www.gdp.de>

gdp-pressestelle@gdp-online.de

Berlin, 15. März 2007

GdP: Mehr Personal für die Internetfahndung zur Bekämpfung des Terrorismus

„Jeder Verrückte kann im Netz ungehindert zündeln“

Berlin. Mit dem geplanten Tornado-Einsatz in Afghanistan ist nach Auffassung des Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Konrad Freiberg, die Bundesrepublik Deutschland stärker in das Visier des internationalen Terrorismus geraten, als je zuvor.

Als besonders bedrückend bezeichnet es Freiberg, dass sich mutmaßliche Terroristen nun auch der Propaganda-Möglichkeiten des Internets in deutscher Sprache und im deutschsprachigen Raum bedienen. Freiberg: „Auch wenn die Urheber des Videos möglicherweise keine Verbindungen zu den ursprünglichen Kommando-Strukturen von Al-Quaida haben, wächst durch solche Web-Seiten die Gefahr des Homegrown Terrorism. Jeder Verrückte kann im Netz zündeln und latent Terrorbereite aufstacheln. Deshalb muss das polizeiliche Personal zur Internetfahndung dringend aufgestockt werden.“

Die notwendige Heraufsetzung der Gefährdungsstufe für Deutschland dürfe, so Freiberg, sich nicht in Worte erschöpfen. Freiberg: „Die in Deutschland lebenden rund 100 Gefährder müssen nun lückenlos überwacht werden können. Wenn der Fahndungsdruck gegenüber mutmaßlichen Attentätern erhöht werden soll, brauchen wir einfach mehr Personal. Stattdessen mit dem Personalabbau weiterzumachen, ist verantwortungslos.“

Herausgeber:

Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand, Pressestelle

Pressesprecher:

Rüdiger Holecek (Handy: 01 72 - 7 12 15 99)

Berlin:

Stromstraße 4, 10555 Berlin

Telefon: (0 30) 39 99 21 (0)- 117/116

Telefax: (0 30) 39 99 21 - 190